

# Stadt Waldenbuch, Kreis Böblingen

Datum	Aktenzeichen	Bearbeitung	Gremium	Sitzungsart	Vorlagen-Nr.
05.07.2023	KA-902.41	Kämmerei Werner Kiedaisch Tel.: 07157 1293-30	GR 18.07.2023	öffentlich	SV/116/2023

## Haushaltsjahr 2023 - Haushaltszwischenbericht

### Anlagen

#### I. Beschlussvorschlag

Die aktuelle Finanzsituation wird zur Kenntnis genommen.

#### II. Vorberatung

= ohne Vorberatung

#### III. Finanzielle Auswirkungen

prognostizierte Erhöhung des Defizits der Ergebnisrechnung 2023 um ca. 900.000 € auf **1,7 Mio. €**.

#### IV. Sachverhalt

Am 31.01.2023 verabschiedete der Gemeinderat eine **Nachtragssatzung** für das Haushaltsjahr 2023, mit der die bis dahin erkennbaren, notwendigen Änderungen des Doppelhaushaltsplans 2022/23 aufgenommen wurden. Dabei musste das Ergebnis des Ergebnishaushalts von 149.365 € auf -797.235 € reduziert werden. Das Landratsamt Böblingen wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass -wie im Vorjahr- der gesetzlich geforderte ressourcenorientierte Haushaltsausgleich nicht erreicht werde.

Der Gemeinderat beriet am 25.04.2023 ausführlich über die **Prioritäten zur Haushaltsplanaufstellung 2024/25**. Dabei wurde beschlossen, dass folgende Maßnahmen momentan nicht weiterverfolgt werden sollen:

- Sanierung Gebäude Stuttgarter Str. 33
- Sanierung Gebäude Unter der Mauer 8
- Sanierung Zehntscheuer

Zusätzlich wurden einige Projekte aus der mittelfristigen Finanzplan gestrichen.

Über die **Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung** wurde der Gemeinderat zeitnah am 20.06.2023 informiert. Gleichzeitig wurde eine Kreditaufnahme von 2,95 Mio. € beschlossen.

## V. Aktuell absehbare Änderungen im laufenden Haushaltsjahr 2023

### 1. Ergebnishaushalt

Nach dem derzeitigen Verlauf der Haushaltsausführung (Stand: 30.06.2023) sind unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung folgende größere Änderungen gegenüber der Haushaltsplanung erkennbar:

#### a) Erträge

Der derzeitige Veranlagungsstand bei der Gewerbesteuer beläuft sich auf knapp 3.200.000 € bei einer Plansumme von 3,75 Mio. €. Nach heutigem Stand muss davon ausgegangen werden, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2023 ca. 550.000 € unter dem Planansatz liegen werden. Auch bei der Grundsteuer zeichnen sich Mindereinnahmen von ca. 30.000 € ab.

Nach der diesjährigen Mai-Steuerschätzung muss insbesondere beim Einkommensteueranteil mit Mindereinnahmen von insgesamt ca. 226.000 € gerechnet werden. Auf die Sitzungsvorlage SV/120/2023 wird verwiesen.

Bei den weiteren Erträgen wird von einem planmäßigen Eingang ausgegangen, so dass nach heutigem Kenntnisstand insgesamt von **Mindereinnahmen in Höhe von ca. 806.000 €** auszugehen ist.

#### b) Aufwendungen

In den Monaten Januar bis Mai 2023 wurden insgesamt 2.689.346 € an Personalausgaben geleistet. Unter Berücksichtigung der im Frühjahr getroffenen Tarifeinigung zum Tarifvertrag TVöD wurde vom Personalamt eine Hochrechnung der Personalausgaben Juni bis Dezember 2023 mit einer Summe von 4.492.440 € vorgenommen. Sollte der Tarifvertrag auch für die Beamten übernommen werden, beträgt der Mehraufwand weitere 18.000 €. Für noch im 2. Halbjahr einzustellendes Personal wird mit Aufwendungen in Höhe von rund 100.000 € ausgegangen, sodass die Personalaufwendungen insgesamt ca. 7,3 Mio. Euro betragen werden. Gegenüber dem im Nachtragsplan 2023 auf 7.233.850 € erhöhten Personalbudget ist somit mit einem Mehraufwand in Höhe von ca. 70.000 € auszugehen.

Nach der Fortschreibung der Abschreibungen im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2022 ist mit Mehraufwendungen bei den Abschreibungen in Höhe von netto 50.000 € zu rechnen.

Aufgrund den zwischenzeitlich getätigten Darlehensaufnahmen in Höhe von 2.950.000 € ist mit zusätzlichen Zinsaufwendungen in Höhe von ca. 40.000 € auszugehen.

Durch voraussichtlich geringere Gewerbesteuereinnahmen reduziert sich die Gewerbesteuerumlage um ca. 55.000 €.

Bei den weiteren Aufwendungen wird von einer planmäßigen Bewirtschaftung ausgegangen, so dass nach heutigem Kenntnisstand insgesamt von **Mehraufwendungen in Höhe von ca. 105.000 €** auszugehen ist.

**Nach dieser Hochrechnung muss aus heutiger Sicht davon ausgegangen werden, dass sich das im Nachtragsplan 2023 auf knapp 800.000 € veranschlagte Defizit im Ergebnishaushalt um weitere ca. 900.000 € auf 1,7 Mio. € erhöhen wird.**

### 2. Finanzhaushalt / Investitionsmaßnahmen

Über den Nachtragsplan 2023 wurden für Auszahlungen an Investitionen insgesamt 8.858.000 € eingeplant. Zusätzlich stehen aus dem Jahr 2022 Ermächtigungsüberträge von 5.870.400 € zur Verfügung. Davon wurden bei der Festlegung der Prioritäten im Gemeinderat am 25.04.2023 folgende Ausgaben gestrichen:

Sanierung Stuttgarter Str. 33 und 33/1	600.000 €
Sanierung Unter der Mauer 8	800.000 €
<u>Sanierungszuschuss Zehntscheuer</u>	<u>250.000 €</u>
Mögliches Investitionsvolumen 2023	13.078.400 €
<i>Davon für Grunderwerb ca. 4.856.000 €</i>	

Tatsächlich investiv ausgegeben wurden bis zum 30.06.2023 insgesamt 1.220.071 €. Es ist davon auszugehen, dass das geplante Investitionsvolumen auch im Jahr 2023 nicht abgearbeitet werden kann und wieder Ermächtigungsüberträge für das Jahr 2024 in nicht unerheblichem Maße vorgenommen werden müssen.

### 3. Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Bei den Eigenbetrieben kann aktuell davon ausgegangen werden, dass es keine unerwarteten Änderungen gegenüber der Wirtschaftsplanung geben wird.

## VI. Risiken

Zur Finanzierung der Investitionen sind die im Doppelhaushaltsplan 2022/23 eingeplanten Mittel aus dem Verkauf von Grundstücken mit insgesamt 4,1 Mio. € notwendig. Davon konnten bislang nur 445.062 € realisiert werden. Zu welchem Zeitpunkt der Verkauf der aktuell ausgeschriebenen Bauträgergrundstücke im Wohngebiet Liebenau VII mit einem erwarteten Verkaufserlös (Bodenrichtwert) von 1.970.000 € erfolgen kann, ist momentan ungewiss. Auch steht der Verkauf des letzten Gewerbebauplatzes im Gebiet ‚Westlich Bauhof‘ mit einem Verkaufspreis von ca. 1.890.000 € noch aus. Wann somit die eingeplanten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen mit einer Gesamtsumme von fast 3,9 Mio. € eingehen werden, ist ungewiss.

## VII. Darlehensaufnahme 2023

Mit Beschluss des Gemeinderats vom 27.06.2023 wurden die vom Landratsamt bewilligten Darlehensaufnahmen getätigt. Insgesamt wurden 2,95 Mio. € an neuen Darlehen aufgenommen. Aus der nachfolgenden Übersicht geht der aktuelle Darlehensstand der Stadt (ohne Eigenbetriebe und SBW) hervor:

Darlehen der Stadt 2023								
Gläubiger Darlehens-Nr.	ursprünglicher Betrag	Stand 01.01.2023	Zugang 2023	Tilgung 2023	Stand 31.12.2023	Zinssatz	Zinsen 2023	Zinsfestsetzung
	€	€	€	€	€	in %	€	bis Datum
KfW Förderbank 5270587	600.000	341.646		33.336	308.310	3,21	6.575	15.05.2033
KfW Förderbank 11136430	500.000	455.000		20.000	435.000	0,00	0	15.11.2025
Landesbank Baden-Württemberg 9100414127	1.000.000	777.776		111.112	666.664	0,00	0	15.11.2029
Deutsche Kreditbank AG Nr. 6703277944	1.200.000	1.020.000		60.000	960.000	0,30	2.993	15.11.2039
L-Bank Nr. 910.048404.6	1.950.000	0	1.950.000,00	0	1.950.000	3,09	27.617	30.09.2033
DG HYP Nr. 3327436600	1.000.000	0	1.000.000,00	8.403	991.597	3,52	14.764	15.06.2043
<b>Gesamtsumme</b>	<b>6.250.000</b>	<b>2.594.422</b>	<b>2.950.000</b>	<b>232.851</b>	<b>5.311.571</b>		<b>51.949</b>	

Bei 8.724 Einwohnern beträgt der Schuldenstand am Jahresende 2023 ca. 609 €/Einwohner

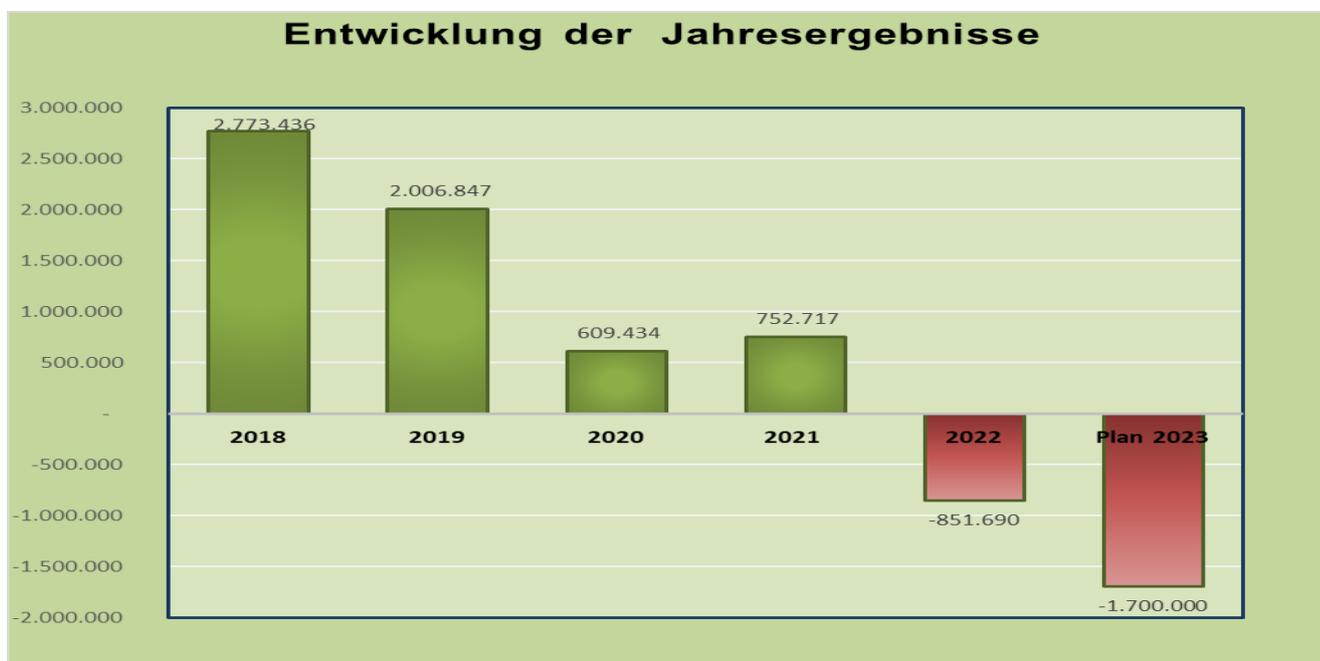
Bei der Beschlussfassung für das Darlehen bei der L-Bank mit 2.950.000 € lag der veröffentlichte Zinssatz bei 2,92 %, bis zur Bewilligung des Darlehens am 05.07.2023 ist der Zinssatz auf 3,09 % gestiegen.

## VIII. Fazit

Seit Jahren macht die Verwaltung auf die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung aufmerksam. Der negative Trend der Entwicklung der Jahresergebnisse setzt sich auch im Jahr 2023 fort. Die vom Gemeinderat jüngst beschlossenen Mittelstreichungen bei Investitionen werden kurzerhand durch die Verschlechterung des laufenden Ergebnishaushalts aufgezehrt. Bei weiter negativen Jahresergebnissen können in der Zukunft keine Investitionen mehr ohne eine jeweils entsprechende Darlehensaufnahme getätigt werden, was zu einer massiven Verschuldung führen würde.

Es ist auch nicht erkennbar, dass sich die Finanzausstattung von Bund, Länder und Gemeinden durch Steuermehreinnahmen in den kommenden Jahren überproportional verbessern würde. Stattdessen werden auch die Gemeinden durch Inflation, Energie- und Zinsentwicklung erheblich belastet.

An die vom Gemeinderat gewünschten Investitionen müssen deshalb mehrere Fragezeichen gemacht werden. Letztendlich führt kein Weg an einer Haushaltskonsolidierung mit einer Reduzierung von Standards vorbei. Es wird eine sehr schwierige Haushaltsplanaufstellung für die Jahre 2024/25 erwartet.



## IX. Weitere Vorgehensweise

Am 24.10.2023 ist die Einbringung des Haushaltsplans 2024/25 mit den Wirtschaftsplänen 2024 der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung vorgesehen.

gez. Lutz  
Bürgermeister

--	--	--	--	--	--